Per E-Mail an: ratssekretariat@sk.so.ch

Kantonsrat SO
Parlamentdienste
Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn

Solothurn, 19. Dezember 2024

Vernehmlassung

Stellvertretung im Kantonsrat bei Mutterschaft:

- 1. Änderung der Kantonsverfassung;**
- 2. Änderung des Kantonsratsgesetzes;**
- 3. Änderung des Geschäftsreglements**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Vorlage der Einführung einer Stellvertretungsregelung im Kantonsrat bei Mutterschaft

1. Einleitung und integrale Ablehnung

Die vorliegende Änderung von Kantonsverfassung, Kantonsratsgesetz und Geschäftsreglement KR geht auf den Auftrag Sarah Schreiber A 182/2022 zurück, welchen die Fraktion FDP.Die Liberalen mit deutlicher Mehrheit (2x Zustimmung) abgelehnt hatte. An der dannzumal geäusserten ablehnenden Haltung hat sich nichts geändert.

Geändert hat sich in der Zwischenzeit jedoch das Bundesrecht. Auslöser für den Vorstoss war der stossende Umstand, dass die Teilnahme an einer parlamentarischen Tätigkeit (Kommission oder Plenum) zu einer Beendigung des Mutterschaftsurlaubs führte. Mit der im September 2023 von den eidgenössischen Räten verabschiedeten Änderung von Art. 16d Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz endet der Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung künftig nicht mehr, wenn die Mutter als Ratsmitglied an Rats- und Kommissionssitzungen von Parlamenten auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene teilnimmt. Diese Regelung gilt jedoch nur, **sofern das kantonale Recht keine Vertretungsmöglichkeit** vorsieht. Diese Änderung der Erwerbsersatzordnung führt nun dazu, dass das verfolgte Ziel gerade ins Gegenteil verkehrt wird, schon die Einführung einer **Vertretungsmöglichkeit** hebt die verfolgte Wirkung auf. Das heisst, Solothurner Parlamentarierinnen wären während des Mutterschaftsurlaubs geradezu von der Ratstätigkeit ausgeschlossen, es sei denn, sie verzichten damit auf ihren Schutz. Das ist nicht haltbar.

2. Inhaltliches

- a) Die FDP.Die Liberalen begrüsst, dass die Vorlage auf den Mutterschaftsurlaub begrenzt ist, dies entspricht dem mehrfach geäusserten politischen Willen (vgl. Vernehmlassungsentwurf Ziff. 1.1.6 und 1.2).
- b) Die Befristung von drei bis zwölf Monaten ist zu wenig präzise und kann zu Missverständnissen führen. Gemäss Entwurf zu §12^{bis} KRG können sich Mitglieder des Kantonsrats bei Verhinderung infolge Mutterschaft während drei bis zwölf Monaten vertreten lassen. Die Bestimmung ist zu ergänzen, dass die Vertretung begrenzt ist, auf die Zeit **«während drei bis zwölf Monaten nach der Niederkunft.»** Mutterschaft ist nicht zwingend ein technischer Begriff und nicht identisch mit der Dauer des Mutterschaftsurlaubs. Die Formulierung im Entwurf könnte dazu führen, dass sich Mitglieder des Kantonsrats zu jedem Zeitpunkt ihrer Mutterschaft und mangels einer Einschränkung sogar mehrmals in der Ratstätigkeit vertreten lassen können. Beispielsweise schliesst die entworfene Regelung nicht aus, dass sich die Mutter eines Teenagers aufgrund mütterlicher Verpflichtungen im Rat vertreten lässt.

Freundliche Grüsse

Sig. Stefan Nünlist
Parteipräsident
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Sig. Daniel Cartier
Fraktionssekretär
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn